

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 6

Artikel: Zur Anschlussbewegung in Österreich
Autor: Bertheau, Th.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157853>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Anschlußbewegung in Österreich.

Von Th. Bertheau.

Gines der Hauptereignisse des großen Krieges von 1914/18 ist die Zertrümmerung der alten habsburgischen Monarchie, an die noch die rein deutschsprachigen Gebiete der jetzigen Republik Österreich erinnern. Vor dem Kriege erstreckte sich das Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie auf 676,600 qkm, die Bevölkerungszahl mag sich 1914 auf etwa 52—53 Millionen belaufen haben; das heutige Österreich hat ein Gebiet von 83,800 qkm und zählt an Einwohnern etwas über 6½ Millionen. Ausgangspunkt der Monarchie war das alte Babenbergische Österreich, das Rudolf von Habsburg, mit gütiger Unterstützung der Urner, Schwäzer, Unterwaldner und Zürcher, im Jahre 1278 erobert hatte; Träger und Führer des österreichischen Staates und der österreichischen Politik blieben von dieser Zeit an die Deutschen Österreichs, die auch in Böhmen, Mähren und Schlesien in geschlossenen Gebieten ansässig waren und es heute noch sind. Das hat sich erst zu ändern angefangen, als in Cisleithanien seit etwa 1848 die Nationalismen der einzelnen Völker der Gesamtmonarchie sich geltend machten, sodaß die politische Leitung schließlich vom Zusammentwirken der Aristokratien der Gesamtmonarchie abhing. Dieses alte, Ende 1918 untergegangene, habsburgische Österreich, das sich also im Laufe der Jahrhunderte zur österreichisch-ungarischen Monarchie ausgedehnt und umgewandelt hatte, bildete in seiner cisleithanischen Hälfte einen Bestandteil des sog. heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, und seit dem zweiten Drittel des 15. Jahrhunderts war der Landesherr der österreichischen Territorien auch Inhaber der Kaiserkrone. Zu den ständigen Einrichtungen der in diesem heiligen Reiche vereinigten Staaten gehörte der Bürgerkrieg, an dem, wenn es sich um Angelegenheiten größeren Ausmaßes handelte, das Haupt des Reiches mit seiner Haussmacht selbstverständlich aktiven Anteil nahm. Diese inneren Zwiste änderten aber an der Tatsache, daß Österreich ein Kernland des damaligen Reiches war, nichts; die Bewohner der österreichischen Stammelände betrachteten sich, und zwar mit vollem Recht, als Angehörige des Reiches, und die Deutschen in Österreich waren niemals im Zweifel, daß sie und die übrigen, nichtösterreichischen, Deutschen des Reiches die nämliche Nation bildeten und dem nämlichen staatlichen Verbande zugehörten, ja sie sahen sich als die Vor- und Schutzmacht aller innerhalb der Reichsgrenze

wohnhaften Deutschen an, und keinem Ausländer, weder Engländer noch Franzosen oder Russen und Türken, fiel es ein, die Deutschen Österreichs für andere Leute anzusehen, als eben Deutsche, deren Vaterland Deutschland war und deren Heimat sich in deutschen Landen befand. Allerdings waren die politischen und somit auch die militärischen Interessen in dem weitgestreckten Raume von der Nord- und Ostsee bis zur Adria und dem Balkan nicht immer die nämlichen, im Westen hatte man sich Frankreichs zu wehren, während die Belagerungen von Wien durch die Türken erkennen lassen, daß die österreichische Monarchie ihre eigenen Sorgen hatte und für sie die Nöte der Reichsfürsten, Bischöfe und Städte am Rhein nicht in erster Linie oder zu jeder Zeit allein maßgebend sein konnten. Trotz allem hielt die volksmäßige und staatliche Verbundenheit stand, sodaß nach dem Ende des römischen Reiches deutscher Nation im Jahre 1805 und nach aus eigener Kraft wieder hergestellter politischer Freiheit nach außen sich die Gebiete und Völker des ehemaligen Reiches zum Deutschen Bund zusammenschlossen; er hatte keine monarchische Spitze, aber die alten Verhältnisse wirkten insofern nach, als dem Kaiser von Österreich das ständige Präsidium des Bundesstages in Frankfurt a. M. übertragen war. Von Anfang an ging aber dieser Zusammenschluß Vielen, und vor allem der Jugend und nicht bloß der akademischen, zu wenig weit; nach den schweren Kriegs- und Umsturzjahren von 1789—1815 glaubten sie zur Sicherung und Behauptung der Nation auf mehr Anspruch zu haben als auf diese lose Vereinigung souveräner Staaten, von denen Österreich und Preußen außenpolitisch verschiedene Wege vorgezeichnet waren und die innenpolitisch miteinander rivalisierten, während die 40 mittleren und Kleinstaaten sich auf ihre Souveränitäten versteiften, ohne berechtigten Grund, weil doch die Zeiten zwischen 1789 und 1815 die politische Impotenz ihres souveränen Standes ausgiebig genug bewiesen hatten. Die Überzeugung, daß der Bund nicht erfülle und nicht erfüllen werde, was einer großen Nation auch politisch würdig sei, ist aber sicherlich nur deswegen in ganz Deutschland, wie es im Deutschen Bunde vereinigt war, Allgemeingut geworden, weil das gesamte Volk, vor 100 Jahren, unter dem Eindruck und Einfluß der wenige Jahrzehnte vorher neu erwachten deutschen Kunst und Wissenschaft stand; die Meinung war, eine Nation von dieser geistigen Leistungsfähigkeit habe nicht weniger Anspruch auf politische Zusammenfassung und politische Geltung als Engländer, Franzosen oder Russen. Die Absichten waren auf die Errichtung eines Bundesstaates mit einem Kaiser an der Spitze gerichtet; als es aber im Jahre 1848 an die Ausführung ging, scheiterte der Versuch an den entgegengesetzten Interessen der beiden Großmächte und dem noch allzu mächtigen Partikularismus der übrigen Staaten. Auf das nachdrücklichste muß aber betont werden, daß an diesen geistigen und politischen Bewegungen das cisleithanische Österreich mit seiner Hauptstadt Wien nicht weniger beteiligt war, als das übrige Deutschland, dem Kleindeutschen stand der großdeutsche Gedanke durchaus ebenbürtig gegenüber. Nicht bloß aus

historischen Gründen, sondern wegen der, wenn auch lockeren, staatsrechtlichen und vor allem wegen der lebendigen Volksverbundenheit haben die Deutschen in Österreich wie die in den Gebieten des jetzigen Reiches die blutige Auseinandersetzung von 1866 als einen regelrechten Bürgerkrieg empfunden. Sein Ergebnis bedeutete für die österreichischen Deutschen wohl die staatsrechtliche Trennung von ihren Volksgenossen, nicht aber die volksmäßige; sie dachten gar nicht daran, ihre bisherige Angehörigkeit zum Reiche und ihre volksmäßige Verbundenheit zu ignorieren und in die Rumpelkammer zu stellen; wie wäre dies auch möglich gewesen nach einer mehr als tausendjährigen gemeinsamen Geschichte im gleichen staatlichen Verbande, angesichts der reichen Kultur, die eben erst wieder neu erstanden und gemeinsam geschaffen und erlebt worden war. Die politische Lage der Deutschen in der österreichisch-ungarischen Monarchie hatte sich aber doch gründlich verändert, sie waren nun in ihrem Staate eine Minderheit, und während der Blick vor 1866 noch vorherrschend nach Westen gerichtet war, wurden sie seit der Trennung vom übrigen Deutschland mehr und mehr nach Südosten, nach der Richtung des Balkans und des Mittelmeeres, abgedrängt. Das Bündnis mit dem Deutschen Reiche, bereits zwölf Jahre nach dem Kriege von 1866 abgeschlossen, was bloß möglich war, weil der damalige Friedensbeschluß den territorialen Bestand Österreichs unangetastet gelassen hatte, beseitigte zwar die Gefahr weiteren Zwiespalts zwischen den beiden Reichen und wurde deshalb von den Deutschen Österreichs als Erlösung empfunden, änderte aber an den der österreichisch-ungarischen Politik gewiesenen Wegen nichts; die österreichischen Deutschen mußten sich dieser Politik fügen, und dies ist wohl der Grund, weshalb Bewegungen, welche, wie die Schönerers, nach einem Rückweg nach Deutschland suchten, zu keinem Erfolg führten; die offizielle Politik Deutschlands nahm denn auch von derartigen Bestrebungen keine Notiz. Das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich hielt aber von 1878 bis zum Ausgang des Krieges stand und hat sich in diesem Sinne bewährt, was ohne die Deutschen Österreichs gar nicht denkbar gewesen wäre.

Wenn durch die Kriegsergebnisse und Friedensschlüsse 200 Jahre russischer Geschichte zunichte gemacht und Russland auf Moskau zurückgeworfen wurde, so wurde durch die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie eine sich über 600 Jahre erstreckende politische Entwicklung rückgängig gemacht, vom gesamten Bestand der Monarchie von 1914 blieben, von ungefähr angesehen, Ende 1918 noch die Lande übrig, die Rudolf von Habsburg und seine Nachkommen im Laufe weiterer 70 oder 80 Jahre erworben hatten, eben ungefähr die Gebiete, aus denen sich die heutige Republik Österreich zusammensezt, rein deutsche Lande, deren Bewohner sich stets als Deutsche betrachteten und auf Grund nicht bloß der staatsrechtlichen Zugehörigkeit, sondern von Abstammung, Sprache und Kultur von jener Deutsche waren und sein wollten, die Österreicher im Donautal und nicht weniger die Steiermärker, Kärtner, Tiroler, und auch die Salzburger gehören hieher, wenn schon, in der alten Zeit, ihr Landesherr der

Erzbischof war. Waren nun die Verbindungen mit Tschechen, Polen, Ungarn, Kroaten, Italienern usw. aufgehoben, um derentwillen es schließlich zum Ausscheiden aus dem Deutschen Bunde und zur ausschließlichen Betonung der Balkanpolitik gekommen war, waren also die Voraussetzungen ihrer Verdrängung aus dem deutschen Bereich, die ihren Grund in der Entwicklung Österreichs zur österreichisch-ungarischen Monarchie hatten, dahingefallen, unter gleichzeitiger Beseitigung der Dynastien in Österreich wie in Deutschland, so ist es eine klare Sache, daß das einzige Begehr der Österreicher ohne Unterschied der Parteien auf die Rückkehr zu Deutschland und den staatlichen und persönlichen Anschluß an das Deutsche Reich ging; die österreichische Nationalversammlung erklärte deshalb bereits im November 1918 Österreich als einen Bestandteil des Deutschen Reiches. Daß der größere Teil des hohen Adels wie des hohen Klerus nicht einverstanden war, hätte keine Bedeutung gehabt; die Österreicher besaßen genug politische Intelligenz und Einsicht, um zu wissen, daß ihre sog. staatliche Unabhängigkeit nichts anderes sein werde als die Abhängigkeit von den Fremden und daß sie nichts anderes sein würden, als der Spielball einmal der Franzosen oder der Italiener oder der Tschechen, wobei bald die Interessen der einen und bald die einer andern Koalition vorherrschend würden, während sie im Verband des Deutschen Reiches als Gleichberechtigte ihre Angelegenheiten selbst wahrnahmen und dabei der Unterstützung dieses ihres eigenen Staates und Volkes sicher wären, die die österreichischen Angelegenheiten selbstverständlich als ihre eigenen behandeln würden. Die Probe auf die Meinung in Österreich ist 1919 oder 1920 durch Abstimmungen, die in einzelnen Ländern stattfanden, geleistet worden; erinnere ich mich recht, so haben sich die Stimmberchtigten zu ungefähr 95 und 96 % für den Anschluß ausgesprochen. Dieses Resultat war derart eindeutig, daß die siegreichen Entente-staaten der damaligen österreichischen Regierung befahlen, weitere Abstimmungen zu untersagen; es war ein schwerer Fehler, daß sie diese Anweisung befolgte, statt aller Welt zu demonstrieren, daß der politische Wille des österreichischen Volkes ein einheitlicher sei. Daran zweifelte in Tat und Wahrheit auch nicht ein einziger Mensch; der Zwiespalt aber war der, daß in diesem wichtigsten, dem entscheidenden Punkte, die Regierung entgegen dem offenkundigen Willen und Annahme des Volkes handeln mußte; sie sah keine andere Möglichkeit ihres politischen Handelns, als die Respektierung des Österreich vertraglich auferlegten Anschlußverbotes. Daß unter derartigen Verhältnissen der Intrigue und einem jeden schimpflichen Spiel Tür und Tor geöffnet war, liegt auf der Hand; die Gelegenheiten wurden auch innen- und außenpolitisch weidlich ausgenützt, und es erwies sich während der ganzen Zeit seit Friedensschluß, daß es nicht die Interessen des österreichischen Volkes waren, die seine eigene Politik bestimmten, sondern die Interessen Frankreichs, Italiens, der Tschechoslowakei und innenpolitisch die der katholischen Kirche oder doch ihres hohen Klerus und der wenigen Legitimisten, die zu jeder Machenschaft Hand boten, wenn sie übel war. Was

wir in Österreich haben entstehen sehen, ist das Chaos. Schon seit Jahren stehen sich, in einem gewissen Sinne, Volk und Regierung gegenüber; wohl hätte die Regierung den politischen Wunsch des Volkes erfüllen mögen, aber der Friedensvertrag hinderte sie daran, und so war das österreichische Volk, das sozusagen auch einen Bestandteil des österreichischen Staates bildete, nicht Herr seines eigenen Geschickes, sondern bloßes passives Objekt der Politik des Auslandes und seiner Interessen. Die Mißhandlung des österreichischen Volkes ist eine der schimpflichsten Angelegenheiten der auf den Verträgen von 1920 beruhenden an Schimpflichkeiten so reichen Friedenszeit seit 1920. Es ist unwahr, wenn die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland denen zwischen Österreich einerseits und Frankreich oder Italien oder der Tschechoslowakei andererseits gleichgestellt werden; für das österreichische Volk war das deutsche Volk kein fremdes wie das französische, italienische oder tschechische Volk, sondern Blut von seinem Blut; allein der österreichische Staat war nicht in der Lage, nach seinem eigenen Willen, nach dem Willen seines eigenen Volkes zu handeln, er mußte gemäß dem ihm auferlegten Zwange handeln.

Natürliche Folge dieses Zustandes war ein sich von Jahr zu Jahr steigernder Wirrwarr; bei all den Einflußnahmen wußten in Österreich weder Führer noch Geführte, nach welcher Richtung die Fahrt wirklich gehen werde, ob sie nachmittags noch die gleiche sei wie vormittags und ob die Freunde und Genossen von gestern heute bereits andere Wege einschlagen würden oder erst morgen, um sich übermorgen wieder zu vereinigen oder auch mit Dritten zu verbünden. Im März 1933 schickte Herr Dollfuß die gesetzgebende Versammlung nach Hause; sie wurde seither nicht mehr einberufen. Neuwahlen fanden aber auch keine statt, sodaß die Grundlage geschaffen war, um alle Machenschaften zu pflegen, die das Tageslicht nicht ertrugen; die Finsternis, in der sich Alles vollzog, bot auch die Gelegenheit, im Innland wie im Ausland die falsche Berichterstattung aufkommen zu lassen und zu pflegen, wie wir sie nun seit mehr als einem Jahr auch in der deutschen Schweiz erleben. Der Zollanschluß an Deutschland ist der Republik Österreich und ihrem Volke, das in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht leben und nicht sterben kann, im Frühjahr 1932 untersagt worden; im Vorsommer 1933 konnte, was übrigens nur folgerichtig war, die sog. Gleichschaltung mit Deutschland, d. h. die Errichtung eines nationalsozialistischen Régimes verhindert werden. Anfangs 1934 kam es zur bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Regierung und sozialdemokratischer Partei, aus der die Regierung gestützt auf Polizei, Heer, Heimwehren und Sturmabteilungen siegreich hervorging, und Ende Juli erlebten wir den Aufstand der Nationalsozialisten, mit dem sie bezweckten, die Regierung Dollfuß zu stürzen und damit die faktische Errichtung des Protektorates Italiens über Österreich zu beseitigen, was mißlang, obwohl die Anhängerschaft der Regierung, nach der Schätzung fundiger Leute, 20 % der Bevölkerung nicht übersteigen soll. Daß diese Anhängerschaft aus einem Guss bestünde, wird niemand behaupten wollen,

der während der letzten Wochen die Mitteilungen und Andeutungen der Presse über die Vorkommnisse um Rintelen, Feh, Starhemberg u. a. verfolgt hat; keiner traut dem andern, wie dies bei der fortwährenden Unterdrückung der unzweifelhaften Mehrheit des österreichischen Volkes nicht anders möglich ist. Die Unterdrückung aber ist eine doppelte; sie ist eine nationale wie eine soziale, und ich glaube nicht, daß die österreichischen Sozialdemokraten sich bloß deshalb der gegenwärtigen Regierung, praktisch gesehen, unterzogen haben, um sich nach außen dem italienischen Faschismus und nach innen der Herrschaft der katholischen Kirche zu unterwerfen. Beendigt ist aber die österreichische Angelegenheit mit der Niederwerfung der Aufstände vom Februar und Juli 1934 nicht, sie wird erst beendigt sein, wenn dem österreichischen Staate und dem österreichischen Volke das Recht der Selbstbestimmung und die freie Ausübung dieses Rechtes zuerkannt worden ist.

Wie es in Österreich zur Zeit wirklich steht, weiß niemand; sicher ist bloß, daß die Regierung Dollfuß keine Mehrheit hatte, und die heutige Regierung Schuschnigg besitzt sie noch weniger, wofür genügender Beweis erbracht ist; so wenig Dollfuß und die französische oder italienische Regierung eine freie Abstimmung oder freie Wahlen wagten oder zugaben, ebensowenig wagt sie Schuschnigg, trotz seiner Leibgarde, und wollte er sie unternehmen, so würde ihm dies von der italienischen Regierung kurzerhand verboten. Auch die Besetzung Österreichs durch italienische Truppen brächte selbstverständlich keine endgültige Lösung. Zweifellos ist es Italien möglich, auf diesem Wege bis auf weiteres jeden Aufstand in Österreich zu unterdrücken, aber ich habe noch nie gehört, daß sich die Italiener in Österreich einer besondern Wertschätzung erfreuten, und glaube nicht, daß die Besetzung Österreichs und die dadurch verursachte Unterdrückung vom österreichischen Volke bleibend hingenommen würde; das alte Österreich hat innerhalb wie außerhalb des Rahmens des alten Deutschen Reiches glorreiche Zeiten erlebt, und die ehemalige Doppelmonarchie ist nicht unruhiglich untergegangen. Österreich hat in den letzten 20 Jahren vieles und Schweres durchgemacht und ist heute zermürbt und zu einem nachhaltigen Widerstand nicht fähig; allein ich glaube nicht, daß das österreichische Volk ehrlos ist und vergißt, was es sich selber schuldet. Man hat es unternommen, in der Schweiz mit vielem Erfolg, die Dinge so darzustellen, als ob der einzige Störenfried Deutschland wäre, daß ohne die deutschen Umliebe Österreich ein zufriedenes und selbstgenügsames Leben führte und daß das österreichische Volk keinen andern Wunsch habe, als vor Deutschland bewahrt zu werden. Das ist purer Schwindel. Der sozialdemokratische Putsch ist, wie ich mir denke, nicht von Deutschland angestiftet worden. Und ist es eine so merkwürdige und unerhörte Sache, daß in einem Volk von 6½ Millionen ein Aufstand losbricht, der sich gegen eine Regierung richtet, die aus eigener Machtvollkommenheit und ohne alles Recht die bestehende Verfassung aufhebt und eine andere Verfassung verkündigt und dies bewerkstelligt, indem sie sich auf das Ausland stützt, das den alten Bestand des

Staates zerschlagen hat, und zwar ganz besonders auf den ausländischen Staat, der einen Teil des österreichischen Volkes selbst, sehr gegen dessen Willen, sich unterworfen und zugeeignet hat und sich nun als Protektor und Machthaber über Österreich aufspielt? Hat eine Regierung wie die Dollfuß' und Schuschnigg's in Österreich auch nur den entferntesten Anspruch auf Achtung ihres eigenen Volkes? Auf wen stützte sie sich? Auf ihr eigenes Volk jedenfalls nicht. Die Österreicher müßten insgesamt Tröpfe sein, wenn sie sich nicht gegen derartige Regierungen zur Wehr setzten. Das haben zu Anfang des Jahres die Sozialdemokraten und im Sommer 1934 noch Andere begriffen, die wohl nicht ausschließlich zur nationalsozialistischen Partei gehörten. Zum Aufstand, der übrigens weiter herum reichte, als man anfänglich zugestehen wollte, hätte es deutscher Umtriebe gar nicht bedurft; er wäre ohnedies ausgebrochen, wenn nicht im Juli, so doch in einem andern Zeitpunkte. Ich bezweifle aber nicht, daß aus Deutschland das Feuer in Österreich geschürt worden ist; bei der Gemeinsamkeit der Geschichte, der Sprache, der Kultur und der Kämpfe vor 20 Jahren wäre außfällig bloß, wenn die Unterstützung aus Deutschland ausgeblieben wäre. Ich erlaube mir an dieser Stelle noch den Hinweis auf Art. 45 des Bundesgesetzes über das Bundesstrafrecht der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 4. Hornung 1853, wonach die Teilnahme an einem Unternehmen, welches den gewaltsamen Umsturz der Bundesverfassung oder die gewaltsame Vertreibung oder Auflösung der Bundesbehörden oder eines Teiles derselben zum Zwecke hat, mit Buchthaus von 1—30 Jahren (Art. 3) bestraft wird. Ich vermute für Österreich die Geltung ähnlicher Bestimmungen, wahrscheinlich mit noch schärferen Strafandrohungen für den Täter. Die selbstherrliche Verfassungsänderung des Herrn Dollfuß läßt sich sonach unter verschiedenen Gesichtspunkten würdigen, ich kann aber hier auf weitere Be trachtungen über den politischen Mord und seine Voraussetzungen verzichten. Als ein Märther der Freiheit Österreichs und des österreichischen Volkes aber ist Dollfuß fürwahr nicht gestorben.

Es wäre unbillig, die Gründe zu verschweigen, welche die siegreichen Staaten veranlaßten, den österreichischen Staat oder, besser gesagt, das österreichische vom deutschen Volk zu trennen und es vor seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebenslust fernzuhalten, ohne die es nicht leben und sich entfalten kann. Da ist zunächst der durch die Friedensverträge vom Jahre 1920 sehr reichlich in Erscheinung getretene Wille des Siegers, den Besiegten zu schwächen und am Boden zu halten; hatte Deutschland etwa 90,000 qkm Gebiet mit 6½ Millionen Bewohnern abzutreten, so ist es begreiflich, wenn der Sieger nicht geneigt war, diesen Verlust durch die Angliederung Österreichs auszugleichen; dies ist das allgemeine Interesse, das Frankreich zur Fernhaltung Österreichs von Deutschland veranlaßte. Godann ist die Tschechoslowakei, wenn Österreich Bestandteil Deutschlands wäre, beinahe völlig von deutschsprachigem Gebiet umschlossen, in ihrem Osten aber liegt die Slowakei, die von ihrer Vereinigung mit den

Ländern der Wenzelskrone nur mäßig erbaut sein soll, und Ungarn, auf dessen Freundschaft die Tschechoslowakei nicht jederzeit abzustellen gedenkt. Die Italiener aber schäzen eine unmittelbare Nachbarschaft Deutschlands mit den jetzigen Grenzen Österreichs aus Gründen nicht, für die sie sich auf ihre eigene Geschichte berufen. Endlich aber hat das heutige Österreich eine Bedeutung insofern, als es das Ausgangsland nach der Donauebene und dem Balkan ist. Alles dies läßt die Stellungnahme der genannten Staaten nicht unbegreiflich erscheinen, ändert aber nichts daran, daß der österreichische Staat und vor allem das österreichische Volk seit Friedensschluß in jeder Hinsicht in der erbärmlichsten Weise unterdrückt und mißhandelt wird. Häufig begegnet man bei uns der Ansicht, die Angliederung Österreichs an Deutschland sei für die Schweiz unerwünscht. Die Begründung, sofern es überhaupt zu einer solchen langt, ist zumeist recht dürfsig; wie dies bei uns die Regel ist, geht es um das „Wirtschaftliche“, besonders die Bedeutung der Gotthardlinie soll beeinträchtigt sein, wenn die Brennerbahn auf ihrer Nordseite deutscher Besitz sei. Aber welche Sachlage entsteht für die Gotthardbahn und die Schweiz, wenn gestützt auf eine sich vertiefende Abhängigkeit Österreichs von Italien der italienische Einfluß über den Arlberg bis zum Bodensee reicht? Federmann kennt die Antwort auf diese Frage; deshalb braucht dies alles nicht weiter erörtert zu werden. Im übrigen lese ich in unseren Zeitungen viel von Demokratie, von Freiheit und Gleichheit und Brüderlichkeit, von Völkerbund und Völkerverbrüderung. Wir brauchen dieses zum großen Teil faktisch bereits abgenutzte Spielzeug nicht, um zu einer sehr klaren und unzweideutigen Meinung zu kommen; für den freien Mann geziemt es sich, die Partei der Unterdrückten zu ergreifen, wie dies in der Schweiz, und anderwärts, die Sache des jungen, wirklichen und echten Liberalismus und der aufblühenden Demokratie war, und wie dies heute offensichtlich nicht Sache ist des in vollem Verfall begriffenen Liberalismus und der alternden Demokratie von 1789.

Wie sich die österreichischen Dinge entwickeln werden und wie das selbstverständlich stets nur einstweilige Ergebnis gestaltet sein wird, steht dahin; bei der gegenwärtigen Beschaffenheit Österreichs und seiner Leiter sind die Aussichten darauf, daß das österreichische Volk über sein politisches Schicksal in Freiheit entscheiden wird, schlecht. Aber immer werden sich, allen persönlichen Gefahren zum Trotz, in Österreich Männer finden, die für das Recht ihres Volkes einstehen. Das könnte auch in Italien begriffen werden. Die Geschichte der nationalen Erhebung Italiens im 19. Jahrhundert ist glanzvoll; wenn die der nationalen Erhebung des österreichischen Volkes im 20. Jahrhundert nicht weniger ruhmvoll sein wird, so ergibt sich wohl hieraus die Grundlage für eine Verständigung der Völker diesseits und jenseits der Alpen.